

Auf dem Weg in die Staatswirtschaft

Linke Vorstösse bedrohen die schweizerische Marktwirtschaft kaum. Sie wird vielmehr durch enger werdende Regulierung und das starke Wachstum staatlicher Bereiche bedrängt oder verdrängt. **MARKUS SAURER**

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz verfolgt die Vision einer Demokratisierung der Wirtschaft. Der Kapitalismus soll ohne formelle Verstaatlichung von Produktionsmitteln überwunden werden – eine Sozialisierung in Form der politischen Einflussnahme auf Verfügungsrechte und Entscheide der privaten Eigentümer würde genügen. Eine solche Demokratisierung der Wirtschaft führt in der Tat unweigerlich von der Markt- in die Staatswirtschaft.

Die Sozialdemokraten und die Jungsozialisten lancierten in den vergangenen Jahren viele extreme Vorstösse im Sinne ihrer Vision, vermochten damit aber die schweizerische Marktwirtschaft nie einer ernstzunehmenden Gefahr auszusetzen. Das Volk lehnte diese Vorstösse stets mit überwältigender Mehrheit ab – so etwa die «Initiative 1:12 – Für gerechte Löhne» mit 65%, die Mindestlohninitiative mit 76%, die Verstaatlichung der Krankenkassen mit 62%, die Erbschaftssteuerreform mit 71% und das bedingungslose Grundeinkommen mit 77% Nein-Stimmen.

Aufhorchen lässt anderes: In der Schweiz wurde Ende 2010 bis Mitte 2016 gegen eine halbe Million neue Stellen geschaffen. Fast die Hälfte dieses «Beschäftigungswunders» geht auf die öffentliche Verwaltung (Regulierungs- und Sozialbehörden) und die staatlichen oder parastaatlichen Bereiche Bildungs- und Gesundheitswesen zurück. Die Staatswirtschaft dehnt sich in der Schweiz seit langem massiv aus.

Trugschluss des zerbrochenen Fensters

Auf den ersten Blick eher unproblematisch scheint dabei das Staatswachstum im Bildungswesen. Bessere Bildungssysteme könnten der Produktivität und der internationalen Konkurrenzfähigkeit unserer Wissens- und Informationsgesellschaft – und damit auch der Marktwirtschaft – förderlich sein. Das ständige Hin und Her bei den Bildungsreformen und die zunehmend intensiv und kontrovers geführte Bildungsdiskussion nähren jedoch die Befürchtung, dass das Bildungspersonal immer länger mit sich selbst oder mit der Bildungsadministration beschäftigt ist statt mit der eigentlichen Ausbildung.

Das Gesundheits- und das Sozialwesen erinnern an die Parabel vom zerbrochenen Fenster (bekannt auch als The Broken Window Fallacy) des französischen Ökonomen Frédéric Bastiat (1801–1850): Ein Demonstrant, der ein Schaufenster einschlägt, sorgt für zusätzliche Nachfrage beim Glaser, beim Schlosser und bei weiteren Wertschöpfungsbeteiligten. Dadurch steigt aber der Wohlstand nicht, wie man meinen könnte, sondern er hat irreversibel um den Wert des zerbrochenen Fensters abgenommen. Der Ladenbesitzer, seine Versicherung, die Steuerzahler oder der Demonstrant zahlen das Ersatzfenster mit Mitteln, die sie sonst einer anderen Nutzung zugeführt hätten. Steigt in einem strengen

Winter mit vielen Blechschäden an Autos der Volkswohlstand? Natürlich nicht.

Es mag pietätlos anmuten, das Gesundheits- mit dem Reparaturwesen zu vergleichen. Aber ökonomisch geht es eben doch auch bei der Gesundheit zu einem grossen Teil um Schadenbehebung – um Krankheiten und Unfälle, deren Heilung den materiellen Wohlstand der Gesellschaft sinken lässt. Wovon könnte ein Staat leben, dessen «Wirtschaft» nur aus Ärzten, Pflegern und Patienten besteht? Oder noch maliziöser im Sozialwesen: Was können Sozialhelfer zugunsten der Hilfsbedürftigen umverteilen, wenn es nur noch sie gibt?



«Wovon lebt ein Staat, dessen «Wirtschaft» nur noch aus Ärzten und Patienten besteht?»

Der amerikanische Ökonom Mancur Olson (1932–1998) schrieb in seinem letzten Buch «Power and Prosperity», dass die Gesellschaft zugrunde gehe, sobald die Anreize zum Nehmen («Incentives to Take») grösser würden als die Anreize zum Machen («Incentives to Make»). Gewiss, leistungsfähige Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsysteme sind vitale Voraussetzungen für eine freiheitliche Gesellschaft mit funktionsfähiger Marktwirtschaft. Wachsen diese Systeme aber ständig überproportional zum volkswirtschaftlichen Wachstum – aus welchen Gründen auch immer –, dann verdrängen sie die Marktwirtschaft und lassen den Wohlstand schrumpfen.

Regulierung schafft eigene Nachfrage

Eine noch grössere Gefahr droht der Marktwirtschaft heute von den notorisch zunehmenden staatlichen Regulierungen. Sie führen immer mehr Wirtschaftsbereiche – oft schrittweise und deshalb kaum merklich – in Richtung Staatswirtschaft. Für Regulierungsangelegenheiten stellen die staatlichen Regierungsbehörden und die regulierten Unternehmen immer mehr hochqualifizierte Juristen, Ökonomen und Techniker ein oder greifen auf die ständig wachsende Zahl externer Berater zurück. Die staatlichen und die privaten Akteure dieser «Regulierungsindustrie» sind in der Lage, sich gegenseitig zu beschäftigen und so ihre «Nachfrage» und ihren Einfluss hochzuschaukeln. Schon allein durch den steigenden Personalbedarf für Regulierungsangelegenheiten werden effektiv produktive Bereiche und Märkte zurückgedrängt.

Die verbleibenden Marktakteure sehen sich in ihrem risikobehafteten Marktverhalten immer stärker ferngesteuert durch demokratisch beschlossene Gebote und Verbote sowie Lenkungs- oder Fördermassnahmen, die von risikobefreiten Regulierungsbehörden und Gerichten mit teilweise erheblichem Ermessensspielraum vollzogen werden. Die Geschäftsstrategien der regulierten Unternehmen werden deshalb immer stärker beeinflusst von ihren Regulierungsstrategien (Compliance u. a.). Und Regulierungsrisiken fallen bei Entscheiden in stark regulierten Branchen schon fast schwerer ins Gewicht als Marktrisiken. Die meisten Regulierungen – egal, welche Ziele sie verfolgen – führen zu nicht marktkonformen Ergebnissen und Umverteilungen, schalten also den Markt weitgehend aus. Dies ist folgerichtig, denn schliesslich wird ja reguliert, weil die Politik die Ergebnisse des freien Marktes nicht gelten lassen will.

Beispiel Energieplanwirtschaft

Regulierungsvorlagen bestehen oft aus Bündeln von Massnahmen, von denen einzelne weniger den Regulierungszielen als Partikularinteressen verschiedenster Kreise quer durch alle Parteien dienen. Solche Vorlagen sind das Ergebnis unheilvoller Allianzen: Die eine Interessengruppe unterstützt die andere in deren Sonderanliegen und kann dafür auch auf Unterstützung ihrer eigenen Sonderanliegen zählen. So kann die Vorlage im politischen Prozess eine Mehrheit aus einer Addition besonders engagierter Partikularinteressen erreichen – selbst wenn sie dem allgemeinen öffentlichen Interesse zuwiderläuft.

Genau dies droht bei der Energiestrategie 2050, über deren ersten Teil, ein Energiegesetz mit rund fünfzig Massnahmen, das Volk am 21. Mai abstimmen kann. Diese Vorlage ist so ungenügend vorbereitet, dass niemand sagen kann, ob und unter welchen Umständen sie ihre Ziele überhaupt je erreichen könnte. Ihre Kosten kann selbst die Bundesverwaltung nicht abschätzen – jeder privatwirtschaftliche Verwaltungsrat würde sich weigern, einen solchen Antrag überhaupt zu diskutieren.

Die sechsjährige Vorbereitungszeit wurde offenbar vor allem dazu benutzt, so viele Partikularinteressen wie nötig einzubinden, um die Volksabstimmung gewinnen zu können. Tatsächlich haben inzwischen fast alle Parteien, der Gewerbeverband und weitere Wirtschaftskreise die Ja-Parole herausgegeben. Das ist eine Parole für die Überführung des schon stark regulierten Elektrizitätsmarktes in die staatliche Kommandowirtschaft. Ein Motor der schweizerischen Marktwirtschaft steht damit in grösster Gefahr, kurzfristigen Partikularinteressen geopfert zu werden. Zur Freude der Linken.

Markus Saurer ist selbständiger Ökonom und geschäftsführendes Vorstandsmitglied im Carnot-Cournot-Netzwerk für Politikberatung in Technik und Wirtschaft.



CLAUDIA LANZ-CARL
Ressortleiterin
zum Thema
Schweizer Energie

In die falsche Richtung

Mit Ursache und Wirkung ist es im Schweizer Stromsektor so eine Sache. Häufig wird der verzerrte Elektrizitätsmarkt als Argument dafür genommen, die kriselnde Energiewirtschaft noch stärker in staatliche Obhut zu nehmen und ihr mit Fördergeldern unter die Arme zu greifen. Doch es ist genau umgekehrt. Zahlreiche Eingriffe in die gut funktionierenden Marktmechanismen haben dazu geführt, dass konventionell produzierte Elektrizität kaum mehr etwas wert ist, Konsumenten von Jahr zu Jahr mehr für den Strom zahlen (vgl. Seiten 8 und 9). Das Energiegesetz, über das am 21. Mai abgestimmt wird, würde den Einfluss des Staates auf den Stromsektor noch mehr ausweiten.

Die öffentliche Hand ist mit den unternehmerischen Fragen und Risiken in der Energiebranche überfordert. Das zeigen nicht nur die jüngsten politischen Weichenstellungen in Bern. Das lässt sich auch an fragwürdigen betriebswirtschaftlichen Entscheiden staatlich dominierter Versorger und einer Lähmung mancher Gesellschaften durch Interessenkonflikte in den Verwaltungsräten ablesen.

Es gibt kein überzeugendes Argument für die Dominanz von Kantonen und Gemeinden im Elektrizitätssektor, aber viele dagegen. Dazu zählt, dass sich Innovation und Effizienz schlecht mit Besitzstandswahrung vertragen. Ebenso, dass die öffentliche Hand kein Eigentum an Stromkonzernen braucht, sondern lediglich die passenden Rahmenbedingungen setzen müsste, um Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit zu erreichen.

Der Schweizer Strommarkt sollte vollständig geöffnet und die Versorger sollten privatisiert werden. Das wird nicht spurlos an der Branche vorbeigehen. So zahlen aber Stromkunden und Steuerzahler die Zeche.

Kompliziertes System zementiert

Mehrwertsteuer bleibt «bürokratisches Monster». **PETER MORF**

Es ist schier zum Verzweifeln: Fast alle, zumindest bürgerlichen, Parteien wie auch der Bundesrat reden immer wieder vom Bürokratieabbau, wie wichtig er für das Gedeihen der Wirtschaft sei. Im Ernstfall allerdings geht das Bekenntnis sofort wieder vergessen. Jüngstes Beispiel: Der Bundesrat spricht sich, wie auch die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats, für die Verlängerung des Sondersatzes in der Mehrwertsteuer für Beherbergungsleistungen aus. Die Befristung des Satzes läuft Ende Jahr aus – nun soll er, nicht wie bisher jeweils drei, sondern gleich zehn Jahre verlängert werden.

Die Begründung ist schwach: Der Frankenkurs mache der Hotellerie das Leben schwer. Das mag wohl sein, doch steht sie mit diesem Problem nicht allein da. Andere Branchen könnten mit dem gleichen Recht auch eine Sonderbehandlung verlangen.

Der Entscheid steht in einer unrühmlichen Tradition. Die 1995 eingeführte Mehrwertsteuer ist zu einem unglaublich komplizierten Gebilde geworden. Es gelten drei Steuersätze sowie rund 30 Ausnahmen. Kein Wunder, sprach der damalige Finanzminister Hans-Rudolf Merz 2005 bezüglich der Mehrwertsteuer von einem «bürokratischen Monster», als er seinen grossen Wurf lancierte: Er wollte die Steuer in einer Totalrevision entschlacken und schlug einen Einheitsatz von 6,5% sowie die Abschaffung von 20 der 25 Ausnahmen vor.

Sechs Jahre später wurde die Revision vom Parlament versenkt. Die Partikular-

interessen hatten obsiegt. All jene, die das Privileg des niedrigeren Satzes verloren hätten, setzten sich zur Wehr. Damit wurde eine Chance vertan, die Schweiz hätte im europäischen Umfeld den mit Abstand niedrigsten Mehrwertsteuersatz aufgewiesen – ein Standortvorteil. Zudem hätte die Reform den administrativen Aufwand sowohl für die Unternehmen, allen voran für die KMU, wie auch für die Verwaltung markant reduziert.

Die FDP unternahm 2015 einen neuen Anlauf in Richtung Einheitssatz. Sie verlangte einen Satz von 6 bis 6,5% sowie eine Streichung des Grossteils der Ausnahmen. Dafür sollten einige Bereiche, wie etwa die Grundnahrungsmittel, von der Steuer befreit werden. Die Partei blieb weitgehend allein und fand kaum Unterstützung: Bundesrat sowie Nationalrat wollten nichts davon wissen – schon nur der Gedanke an die geballte Macht der Partikularinteressen liess sie offenbar vor Angst erstarren.

Die Prognose sei gewagt, dass die Mehrwertsteuer ein «bürokratisches Monster» bleibt. Die Verlängerung des Sondersatzes für die Hotellerie zementiert das bestehende komplizierte System auf Jahre hinaus. Offenbar überwiegen die Partikularinteressen diejenigen nach einem schlanken und effizienten Staat, der die Wirtschaft nicht über Gebühr belastet. Seitens der Politik wäre etwas mehr Ehrlichkeit erwünscht, etwa in dem Sinne: Nein, wir wollen die Mehrwertsteuer nicht vereinfachen und die Bürokratie nicht abbauen. Damit wüsste die Wirtschaft wenigstens, woran sie ist.

Aktuell auf www.fuw.ch

FuW Wer bei Galenica Santé partizipierte

Das IPO von Galenica Santé war ein voller Erfolg. Er war mehrfach überzeichnet. Viele Anleger sind dabei leer ausgegangen. Die Zuteilung sei nach objektiven Kriterien erfolgt, schreibt der Apothekenbetreiber. 50% der Investoren kommen aus der Schweiz. Die andere Hälfte sind Ausländer.

www.fuw.ch/150417-1

FuW Sonderdividende von Syngenta

Das Kaufangebot der staatlichen chinesischen ChemChina für Syngenta wird ein weiteres Mal verlängert und läuft nun bis am 4. Mai 2017. Zudem wurde der Termin für die Zahlung der Spezialdividende von 5 Fr. pro Aktie bestimmt. Es soll der 16. Mai sein.

www.fuw.ch/150417-2

FuW Edisun steigert den Gewinn

Der in den vergangenen Jahren schwer gebeutelte Solarstromproduzent ist wieder auf Kurs: 2016 konnte ein Drittel mehr Gewinn erzielt werden. Um seine Wachstumsstrategie weiterverfolgen zu können, plant das Unternehmen eine Kapitalerhöhung. Die Gesellschaft betreibt 34 Solarstromanlagen in Europa.

www.fuw.ch/150417-3

FuW Gold weiter auf Höhenflug

Der Goldpreis steigt und steigt. Am Donnerstag erreichte er mit 1285 \$ je Unze den höchsten Stand seit Anfang November. Angesichts der wachsenden geopolitischen Spannungen und der Unsicherheit vor der französischen Präsidentschaftswahl ist Gold wieder als sichere Anlage gefragt.

www.fuw.ch/150417-4

FuW 900 Mrd. € faule Kredite

Vor sieben Jahren brach die Eurokrise aus. Seither sind die Staatsschulden weiter gewachsen. Damit nicht genug: In den Bankbilanzen türmen sich 900 Mrd. € an notleidenden Krediten. Besonders gefährdet sind sechs Länder, darunter Griechenland und Zypern.

www.fuw.ch/150417-5

FuW Hochmut kommt vor dem Fall

Aktien schneiden seit Jahren besser ab als Staatsanleihen. Es braucht nicht mehr viel, und der Performancevorsprung erreicht das Höchst der Technologieblase. Erst dann könne von der Überheblichkeit gesprochen werden, auf die der Fall folge, meinen die Strategen von Bank of America Merrill Lynch.

www.fuw.ch/150417-6

Anzeige

FuW-Report.ch

Lesen Sie die wichtigsten Finanznews an jedem Handelstag vor Börsenbeginn.

FINANZ und WIRTSCHAFT
fuw.ch